

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Riefaer Tagblatt
Jernus Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpostamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1538
Groszstraße Nr. 52.

Nr. 38.

Sonnabend, 14. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Formate des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Familienfahrkarte: 10 Pfennig, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Jahrlings- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife für Familienfahrkarte: 10 Pfennig. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Titzsch, Riefa.

Durch Berufsgemeinschaft zur Volksgemeinschaft.

(Zum 5. Reichs-Landbundtag.)

Von Karl Hepp, M. d. R., Präsident des Reichs-Landbundes.

Dem Manne gleicht es, mitten in der Zeit der Katastrophe, in dem Drama der Weltgeschichte zu stehen, rückwärts blickend, das Geleitete zu prüfen, vorwärts blickend, sich der Bewältigung und der Zukunft zu vergewissern. Auch eine Organisation, die die Zukunft für sich haben will, wird sich dieser Aufgabe stets von neuem unterziehen müssen. So veranlaßt der Reichs-Landbund am 14. Februar zum fünften Male seit seiner Gründung seine Mitglieder in Berlin, um öffentlich Redenschaft abzugeben von Gewolltem und Erreichtem, um neu die Geschlossenheit des Willens, die Zielbewusstheit des deutschen Volkvolkes zu beweisen. Als sich die verschiedenen Organisationen des Landvolkes in dem Reichs-Landbund zusammenschlossen, da galt es, einen festen Stamm anzuführen gegen die Springluft der Revolution. Das deutsche Landvolk war in seinem Stern unberührt von ihrem zerbrechenden Gift. Aber gerade deswegen legten die Mächte der Revolution alles daran, dieses letzte Bollwerk zu erobern.

Mit Stolz darf der Landbund von sich behaupten, daß es sein Verdienst in der Hauptrolle war, wenn der Sturm der Angriffe bisher noch nicht abgeklungen worden ist. Von vornherein hat er sich nicht auf die bloße Abwehr dieser Mächte beschränkt. Er wußte, daß stets die wirkliche Form der Defensive eine mutige Offensive gewesen ist. Kritik, und sei sie noch so treffend, muß auf die Dauer wirkungslos verpuffen, wenn in ihr nicht die Kräfte neuer Gedanken enthalten sind. Darin beruht die große Bedeutung der Tatsache, daß man von vornherein dem marxistischen Schlagwort des Klassenkampfes, das seit Jahrzehnten dem verheerenden Volk von den Parteien und Gewerkschaftsführern bei jeder Gelegenheit eingeschüttet worden war, den lebensfrischen Gedanken der Berufsgemeinschaft entgegenstellte. Die altproletarische Losung: „Einer für alle, alle für einen!“ bekam dadurch neuen Sinn und Wert. Der Klassenkampf wurde durchsichtiger als das, was er war: der sinnlose Kampf der Hände gegen den Kopf, der Glieder gegen den Magen. Durchsichtiger wurde die Oberflächlichkeit einer Klassifizierung nach dem Steuerbuche in Proletariat, Mittelstand, Kapitalisten. In lebendiger Fülle man, daß die gegenwärtigen Bedingungen des gemeinsamen Berufes, der gemeinsamen Heimat, des gemeinsamen Volkes härter waren als diese Unterstellungen aufgestellten Ketten.

Auf Grund dieser gemeinsamen Bindungen galt es, die große Kampffront anzuführen gegen verfluchenden Nationalismus und zerfallenden Materialismus und die ganze Volksgemeinschaft novembertischer Zeiten. Und es muß auch fernerhin gelten, die Deutschen zu sammeln, die da wissen, daß letzten Endes nur das Opfer adelt, daß nur der Geist heiligt. Reiche Güter verdrängen zu größeren Leistungen. Nur der Volkstreuende oder der Bewusstlose wird in dem Besitz das Mittel zu schrankenlosem Genuß finden. Der mit den Leiden und Freuden eines Volkes Verwachsene weiß, daß kein Eigentum unbedingt ist, sondern unter bestimmte Pflichten gestellt, zunächst gegen den eigenen Haus- und Dienstgenossen, den Arbeiter und Tagelöhner, gegen den Berufsgenossen, gegen den bedürftigen Volksgenossen, überhaupt in jedem Falle sich erweiterndem Kreise. Je höher die Schicht, je weiter die Pflicht, das sei die Lösung.

Solche Gesinnung wird auch nicht halt machen vor den aufgezogenen Staatsgrenzen des Versailleser Anrechnungsvertrages. Soweit die deutsche Junge Klingt, findet ihr tief freudigen Widerhall; soweit deutsche Herzen schlagen, werden sich schaffensfrohe Hände zusammenfügen zum Bund. Erst wenn durch Überwindung der inneren Zerrissenheit die Volkseinheit gesichert ist, ist die Bahn frei zur Erhaltung der Staatseinheit. Großdeutschland, die Sehnsucht der Gegenwart, ist die große Aufgabe deutscher Jugend. Der deutsche Zukunft behalt, wird auch diese Aufgabe bestehen. Gefunde Jugend darf nicht resignieren. Der Weg ist weit und hart, aber das Ziel ist wert des Weges und des Kampfes. Wie der 5. Reichs-Landbundtag, der zugleich der 1. Reichs-Landbundtag ist, ein wichtiger Markstein auf diesem Wege sein!

Freihaus, die Fahne weht,
Woh! dem, der zu ihr steht;
Es helfe uns der Herr Gott
Zum Sieg aus aller Not.

Ein deutscher Sicherheitsvorschlag.

Berlin, 14. Februar. Die wir erfahren, hat man im Berliner Auswärtigen Amt sorgfältige Vorbereitungen getroffen, um bei der Erörterung der Sicherheitsfrage, die im nächsten Monat beginnen wird, festumrissene deutsche Vorschläge hervorbringen zu können. Man hat bereits einen Entwurf für einen Sicherheitsplan ausgearbeitet, der die Grundlage für die deutschen Gegenwortsätze darstellen soll, die in dem Augenblick gemacht werden, wo von alliierter Seite die Sicherheitsfrage offiziell zum Beratungsgegenstand gemacht worden ist. Gegenwärtig sind noch Erwägungen darüber im Gange, ob es zweckmäßig erscheinen würde, nach der Überreichung der endgültigen Mitteilung der Vorkonferenz an Deutschland an die alliierten Regierungen mit dem deutschen Vorschlag heranzutreten, um dadurch direkte Verhandlungen in Gang zu bringen. Im Prinzip ist jedoch das Reichskabinett an der Auffassung fest, daß die Klärung der nördlichen Rheinlandzone nicht in Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage gebracht werden darf.

Zu dem Grubenunglück bei Dortmund.

wird amtlich aus dem Preussischen Handelsministerium mitgeteilt: Nach vorläufigen Feststellungen sind 129 Mann von der Explosion auf „Buche Minister Stein“ betroffen, von denen bis Freitag früh 121 als Tote abgezählt sind. Die Explosion hat wahrscheinlich ihren Ausgangspunkt von der ersten Sohle genommen und ist sodann bis zur dritten Sohle heruntergefallen. Es sind sehr starke Brüche geschehen. Die Aufräumarbeiten sind im Gange. Auf der ersten Sohle sind die Gase von der Explosion noch nicht völlig abgezogen. Es handelt sich mit größter Wahrscheinlichkeit um eine Schlagwetterexplosion bei deren Fortpflanzung Kohlenstaub mitgewirkt hat. Die Ursache der Explosion selbst ist noch nicht geklärt. Die Grubensicherheitskommission Dortmund tritt am Sonnabend nachmittag zusammen. Oberbergshauptmann Schanz ist nach der Unfallgrube abgereist. Handelsminister Biering begibt sich Sonnabend vormittag an die Unfallstätte, um persönlich an der Untersuchung teilzunehmen. Das Preussische Handelsministerium hat anlässlich des Unglücks Halbtag abgesetzt.

Beileid der sächsischen Regierung.

* Dresden. Der Ministerpräsident hat aus Anlaß des Unglücks auf der „Buche Minister Stein“ an den Oberbergshauptmann in Dortmund folgendes Telegramm gerichtet:

„Aus tiefster Erschütterung über die schrecklichen Umstände, die über die Buche „Minister Stein“ und die Verheerung herabgekommen ist, drängt es mich, Ihnen und den unglücklichen Angehörigen der Opfer die herzlichste Anteilnahme der sächsischen Regierung auszusprechen.“
ges. Feldt, Ministerpräsident.

Trauerfeier in Dortmund.

* Dortmund. Die Stadtverordnetenversammlung war gestern zu einer Trauerfeier eingeladen worden, zu der die Mitglieder fast vollständig erschienen waren. Stadtverordnetenvorsteher Bentler leitete in seiner Ansprache an das Volk Bergmannslos von dem Bergarbeiterdichter Heinrich Böhm an, um das fürchterliche Ende der 129 Anwesen der Buche „Minister Stein“ zu schildern. Man mußte man Worte, um den Hinterbliebenen Trost und Beileid auszusprechen. Die Stimme aber eindringliche Mahnung der Toten soll sein, alle Trübsal einzusehen, um alle möglichen Neuerungen zu schaffen gegen die Gefahren des Bergbaues. Neben dankte den Rettungsmannschaften und sprach namens der Stadtverordnetenversammlung allen von der Katastrophe Betroffenen das tiefgefühlte Beileid aus und wünschte den Verstorbenen baldige völlige Genesung. — Oberbürgermeister Dr. Eichhoff brachte in eindringlichen Worten die tiefe Beweinung und Erschütterung Dortmunds ob des schweren Schicksalsbisses zum Ausdruck. Mit Dortmund fühle die Trauer ganz Deutschland, wie die Beileidskundgebungen beweisen. Den Hinterbliebenen zum Trost und der Bewältigung zur Beratung könne er sagen, daß es reichlich für die Hinterbliebenen gesorgt werde. Die Stadt unterstütze durch hinzukommende Spenden von Privat- und einigen Städten die Hinterbliebenen und werde bemüht sein, zu helfen, wo sie könne. — Die von den Kommunisten verlangte Abgabe einer Erklärung wurde durch den Schluss der Trauerfeier verhindert.

Österreichs Beileid

* Wien. Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Nationalrates gedachte der Präsident der fürchterlichen Katastrophe in Dortmund. Die Abgeordneten erhoben sich zum Zeichen der Trauer von den Plätzen. Das Haus beschloß, das Beileid des österreichischen Parlaments auf telegraphischem Wege dem Präsidenten des Deutschen Reichstages zu übermitteln.

* London. Das schwere Bergwerksunglück bei Dortmund findet in der englischen Presse allgemeine Teilnahme, die auch in einem Beileidstelegramm der englischen Bergarbeitergewerkschaft zum Ausdruck kommt.

Die Beerdigung der Dortmunder Opfer.

* Dortmund. Die Stadt Dortmund und die Bergbauverwaltung haben die Beerdigung der Opfer der Grubenkatastrophe auf Dienstag, den 17. Februar, 10.30 Uhr vormittags festgesetzt. Am Begräbnistage dürfen keinerlei Lustbarkeiten stattfinden.

Ludendorff

und die Krise der völkischen Bewegung.

Ludendorff, der bekanntlich seit geraumer Zeit schon nicht mehr im Reichstage erschienen ist, hat nun die Führung der nationalsozialistischen Bewegung niedergelegt. Wir erfahren, wird eine Lösung der recht verworrenen Entwicklung in der Weise erreicht, daß die norddeutsche (völkische) Bewegung, die zur parlamentarischen Betätigung gedrängt hat, sich wieder von der eigentlichen süddeutschen nationalsozialistischen Bewegung trennt. Das eine parlamentarische Vertretung der Bewegung in Zukunft sollen erhalten wird, ist nicht anzunehmen. Wie es heißt, hat aber auch bereits in der süddeutschen Bewegung Bestrebungen im Gange, eine eigene Parlamentsvertretung beizubehalten. In diesem Falle würde die Unklarheit noch gesteigert werden. Dieser selbst, der sich in letzter Zeit stark den bayerisch-monarchistischen Kreisen genähert hat, dürfte in nächster Zeit auch wieder unabhängig süddeutsche Bewegung vor die Öffentlichkeit treten und zweifellos in Süddeutschland die maßgebende Persönlichkeit werden.

Sächsischer Landtag.

14. Dresden, 13. Februar 1925.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Kundgebung des Landtags für die Opfer des Bergwerksunglücks bei Dortmund statt.

Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen und Präsident Winkler sagt: Ein würdiges Schicksal hat wieder einmal weit über hundert brave Bergarbeiter auf der Buche Minister Stein ihres Lebens beraubt und bitteres Leid über die Familien der Betroffenen gebracht. Auch der sächsische Landtag nimmt Anlaß, den Angehörigen der Opfer sein tiefstes Beileid auszudrücken.

Darauf wird die Abstimmung über den Antrag des Abg. Berk und Gen. auf

Beihilfe von Eisenbahnunfällen

vorgenommen.

Abg. Bethke (Zsp.) begründet kurz die Abstimmung seiner Partei.

Es werden dann die kommunalistischen Forderungen: Bei der Regierung zu beantragen, daß mit dem Personalabbaufortschritt gemacht wird, die abgebauten Beamten, Angestellten und Arbeiter wieder eingestellt werden und durch eine Prozentige Erhöhung der Löhne und Gehälter die Lebenshaltung des Personals so gestellt wird, daß es in geistiger und körperlicher Frische seinen Dienst versehen kann, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Dagegen findet die Forderung,

den Achtstundentag

(bei besonders anstrengendem Dienst entsprechend niedrigere Arbeitszeit) als Maximalarbeitszeit einzuführen, mit 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 39 Stimmen der bürgerlichen Parteien Annahme.

Den zweiten und letzten Punkt der Tagesordnung bilden der deutschnationale Antrag auf

Erleichterung von Hilfsmitteln für die ergebirgliche und vogtländische Landwirtschaft

und der kommunalistische Antrag betr. die Notlage der Kleinbauern.

Abg. Jäger (Dn.) empfiehlt als Berichterstatter, den Antrag des Ausschusses, die Regierung zu ermächtigen, in Ergänzung der Notstandshilfe einen Beitrag bis zu 2 Millionen Mark für die durch Hochwasser und Wetterrisiken geschädigten Landwirte gegen mögliche Zinsen bereit zu stellen.

Abg. Renner (Kom.) behauptet, bei den Hilfsmitteln würden die Kleinbauern übergehen. Er beantragt weiter, die Erleichterungen nur solchen Landwirten zu gewähren, die bis zu 25 Hektar Boden im Besitz haben.

Wirtschaftsminister Müller:

Es sei irreführend, wenn die Kommunisten behaupteten, daß die Notstandsaktion der Regierung den kleinen Bauern keine Hilfe bringe, sondern nur den Großgrundbesitzern zugute komme. In Sachen gebe es keine landwirtschaftlichen Großbetriebe. Der Regierung komme es hauptsächlich darauf an, die Aufwendungen für die Landwirtschaft im Interesse der Volksernährung zu machen. Deshalb sei eine unterschiedliche Behandlung nicht möglich. Der Ratifikation der Kommunisten sei es zu danken, daß den Kleinbauern die Notaktion von vornherein vereitelt werde. Es werde eine gerechte Verteilung der Mittel stattfinden.

Die Anträge der Ausschüsse werden hierauf Annahme, während die kommunalistischen Anträge abgelehnt wurden.

Nächste Sitzung: Dienstag, 17. Februar, nachm. 1 Uhr.

Mary's erster Mißerfolg.

* Berlin. Im Laufe des gestrigen Nachmittags ist Ministerpräsident Mary zu der Überzeugung gelangt, daß die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft nicht durchführbar ist. Mary wird daher versuchen, ein Kabinett der Kleinen Koalition zu bilden. Die Koalitionsparteien sind Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten. Nach den bisherigen Informationen soll die sozialdemokratische Partei durch Herrn Severing als Minister des Innern vertreten sein. Die beiden unterlegten Ministerfraktionen sollen dem Zentrum und der sozialdemokratischen Partei anheimfallen. Nach der Bildung seines Kabinetts wird Dr. Mary die Fühlung mit den Parteien wieder aufnehmen, um zu ermitteln, welche Stellung die einzelnen Fraktionen zu einer solchen Regierung der Kleinen Koalition einnehmen werden.

Freispruch im Himmelsbach-Prozess.

Im Himmelsbach-Prozess wurde gestern das Urteil gefällt. Es wird darin erklärt, daß die von Fernbach gegen Himmelsbach erhobenen Vorwürfe zweifellos schwer freilich gewesen seien, da Fernbach dem Kläger moralischen und juristischen Landesverrat vorgeworfen habe. Der angeklagte Wahrheitsbeweis habe in dieser Beziehung aber nichts Belastendes gegen Himmelsbach ergeben. Fernbach habe in gutem Glauben gehandelt und habe nach dem ihm gewordenen Informationen annehmen dürfen, daß Geheimverträge vorlägen, also Landesverrat getrieben worden sei. Von dem Vorliegen einer formalen Verleumdung könne nicht gesprochen werden. Es habe deshalb Freispruch erfolgen müssen. Die Kosten wurden dem Privatkläger auferlegt.